

Information des Bürgermeisters zur Stadtvertretersitzung am 28.06.2022

1. **DigitalPakt**
 - Medienbildungskonzept
 - Medienentwicklungsplan

Das Medienbildungskonzept ist ursächlich Gegenstand der Schuleinrichtung, der Medienentwicklungsplan Sache des Schulträgers also der Stadt. Durch die frühzeitige Breitbandaufschaltung 2020 konnten wir systematisch an die Umsetzung gehen. Die überhöhte Nachfrage hat auch den Markt leergefegt. So fehlen uns zur Komplettierung noch ein Server und WLAN-Einrichtungen, um ohne Rücksicht auf Einzelbelastungen in allen Klassen arbeiten zu können. Es sind zwei Computerkabinette mit jeweils 23 bzw. 20 Arbeitsplätzen vorhanden. Die Verkabelung und neue Stühle und Tische gehen in die nächste Beschlussvorlage. Es sind 12 digitale Tafeln, 32 iPad's und 12 stationäre Gruppenarbeitsplätze mit jeweils 4 Computerarbeitsplätzen vorhanden. Nachträglicher Dank an Herrn Marg, der die Programme begleitet hat.

2. **Dieckgraben**

Der Hauptausschuss hat am 26.04.2022 außerplanmäßige Ausgaben für die Planungsleistungen Stufe 1-4 für den Dieckgraben beschlossen. Es muss durch das Amt jetzt die Vereinbarung mit dem Dienstleister abgeschlossen werden.(Pkt. 14)

3. **Kita - Hort**

Durch die Nachforderungen einiger Gutachten zum Umbau des Horts wird dieser in der jetzigen Form auch weiter genutzt werden müssen. Der jetzt befristete Vertrag zwischen AWO und Stadt muss dann verlängert werden.

4. **Wettbewerb**

Kloster-/Ernst-Thälmann-Straße - die Preisträger stehen fest. Zurzeit wird über das Anwaltsbüro Luther das Vergabeverfahren vorbereitet. Am 14.07.2022 erfolgt im Rahmen eines Bürgerdialogs die Vorstellung der eingereichten Vorschläge. Diese ist als Ausstellung vom 14.07. - 17.07. öffentlich in der Aula der Schule zugänglich

5. **Ordnungsarbeiten**

- Zum 01.07. wird Herr Ullrich Herrn Reuter ablösen. Ich bitte das Amt darum organisatorisch dafür zu sorgen, Herrn Ullrich neben dem Amts-PKW ein Fahrrad zur Verfügung zu stellen damit er flexibel wird.
- Umgehend sollte gemeinsam mit Herrn Erbe die Situation der Garagen (Nutzung, Ordnung, Umfeld) abgeklärt werden.
- Hunde und Hinterlassenschaften bereiten immer Ärger und manche Fußpeinlichkeiten. Das Ordnungsamt sollte verstärkt kontrollieren, ob die Hunde eine Steuermarke tragen. Die Stadt bestellt einen zweiten Container in der Hoffnung, dass die dafür vorgesehenen Plastiktüten verwendet und nicht offensichtlich als Einkaufsbeutel zweckentfremdet werden.
- Parken ist nach wie vor ein Beispiel für Disziplinlosigkeit und fehlendem Durchsetzungsvermögen. Mit der Neubesetzung sollte im Wesentlichen 1x wöchentlich in den Abendstunden kontrolliert werden.

6. **Investitionsschwerpunkt**

Die Rekonstruktion der Sporthalle läuft fast unauffällig, allerdings mit immer höheren Kosten - wir liegen bereits bei 1,85 Mio. €. Grund: für das notwendige neue Lichtband ist die Statik neu zu überrechnen. Schwerpunkt auch, weil keine alten Unterlagen im Bauamts-Archiv auffindbar waren.

Die Ehlertsche Mühle ist voll eingerüstet, die alte Schindelabdeckung wird entfernt und komplett erneuert. Alle Arbeiten sind denkmalpflegerisch abgestimmt und sollten im Spätherbst abgeschlossen sein.

7. Historischer Nachlass

Aus dem Nachlass der Töchter des ehemaligen Woldegker Postbeamten Carl Friedrich Christian Memmert (*04.07.1877; +07.05.1960) übernehmen wir:

1. 35 steinzeitliche Steinwerkzeuge
2. 7 alte Siegel der Stadt Woldegk
3. Leinweber-Gewerk 1754
4. Amtssiegel der Töpfer 1730
5. Sattler-Gesellen-Bruderschaft
6. Siegel der Glaserzunft
7. Maurer Amtssiegel 1746
8. Schustergewerk 1733
9. Messingsiegel 1623
10. 1 Zinnkrug 1809 Schützengilde Husbujer
11. alte Luther-Bibel 1777
12. lutherischer Katechismus von 1805

Nach Restaurierung sollten diese Gegenstände sowie weitere aus dem Archiv - die Stadtbücher von 1648 z.B. - dann im neuen Gemeinderaum ausgestellt werden.

8. Wo uns der Schuh drückt

- Nicht abgeschlossen ist die Gestaltung des Fliedergangs. Der Auftragnehmer nimmt vereinbarte Leistungen, wie die Pflege, die Komplettierung mit Abfallkörben und Bänken nicht wahr. Grund für mich, vorsorglich die nachgefragten Bänke aus städtischer Eiche durch den Bauhof aufstellen lassen, für die fachmännische Leistung - auch eines Provisoriums - bedanke ich mich.
- Die viel diskutierte Herzroute - Beweg dich Route - mit als Wanderweg auf den Helpter Berg aufzunehmen ist richtig. Dazu ist aber die reine Beschilderung nicht ausreichend die Fakten wären :
 - Ärzte/Therapeuten und Förster entwickeln diese Route aus dem Eigenbestand (PS - der städtische Wald steht zur Verfügung, das Forstamt Neubrandenburg steht bei Fuß)
 - das Präventionskonzept wird honorarlos von den Ärzten abgegeben
 - das Konzept ist für die Patienten/Bevölkerung kostenlosIch glaube hier ist in der Umsetzung mehr gefragt.

9. Brief an Bundes- und Landesregierung vom 15. Februar 2022 – ein ernstes Signal von der Basis!

wir Bürgermeister aus der Feldberger Seenlandschaft, Woldegk und dem Penzliner Land sorgen uns um die Zukunft des ländlichen Raums. Die Unzufriedenheit der Menschen ist überall spürbar, der Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie und ihre politischen Entscheidungsträger wahrnehmbar. Wir spiegeln Ihnen, was uns in Gesprächen entgegengebracht wird. Wir brauchen eine gezielte Politik für die Menschen des ländlichen Raums! Nachfolgend eine Einordnung zu den Themen:

1. Gesellschaftliche Teilhabe
2. Entwicklung der öffentlichen Haushalte/der moderne Staat
3. Ideologen sind die Herausforderungen unserer Zeit
4. Unsere Kinder und Jugendlichen.

1. Gesellschaftliche Teilhabe

Die vergangenen zwei Jahre haben uns gesellschaftlich und wirtschaftlich gefordert. Unsere Gemeinschaft geht geschwächt aus dieser Corona-Krise hervor. Wegweisende inhaltliche Diskurse, die für die Zukunft und unser soziales Zusammenleben notwendig sind, wurden und werden derzeit nicht geführt. Somit soll an dieser Stelle die Frage aufgeworfen werden, wie die ländliche Bevölkerung Beteiligung aufgrund der derzeitigen gesellschaftlichen Veränderungen (tektonische Verschiebungen trifft es vielleicht besser) erfahren soll, wenn dem ländlichen Raum konsequent und dauerhaft Innovation, gesellschaftliche Teilhabe und Gleichbehandlung vorenthalten werden?

Seit der politischen Wende vor 32 Jahren meistern die Menschen im ländlich strukturierten Mecklenburg-Vorpommern einen tiefgreifen Strukturwandel. Auch heute ist der Großteil des ländlichen Raums von M-V wenig digitalisiert, technologiefern, deindustrialisiert und in der Mobilität stark individualisiert. Es besteht eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit.

Die niedrigen Quoten an Industrie- und Erwerbsarbeitsplätzen im gewerblichen Bereich sind ein Indikator für diese grundsätzliche Feststellung. Die Situation, dass Arbeitsplätze vornehmlich in den Mittel- und Oberzentren bzw. in anderen Bundesländern vorhanden sind, setzt ein hohes Maß an Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voraus, um zur gewerblichen Arbeit zu gelangen. Die Menschen im ländlichen Raum sind ungemein flexibel und mobil, denn auf den öffentlichen Personennahverkehr - egal ob Straße oder Schiene - haben die Bewohnerinnen und Bewohner des ländlichen Raums nie zählen können. Im Großen und Ganzen beschränkt sich das Angebot auf dem Land auf den (bisher dieselgetriebenen) Schülerbus.

So belastet die derzeitige Situation an den Energiemärkten sowohl die einheimische Bevölkerung als auch unsere wenigen Unternehmen außergewöhnlich stark. Wo Berufstätige tagtäglich pendeln und der Gewerbetreibende die Energiekosten in seine Dienstleistung einpreist (wenn der Liter Diesel

1,75 € kostet), belastet das die private Lebenssituation, die unternehmerische Existenz und das Wachstum.

Da Windkraft und Flächen-Photovoltaik im ländlichen Raum installiert werden konnten, ist der politische Dank an die Verbraucher und Unternehmen ein noch höherer Strompreis. Somit gehören die Gewerbetreibenden und natürlich auch die Einwohnerinnen und Einwohnern auf dem Land zu den Kunden, die die Windenergieanlagen vor den Augen haben und trotzdem einer rasanten Strompreiserhöhung Rechnung tragen mussten. Der Eindruck entsteht, verantwortlich für die Energieversorgung der Industriecluster zu sein und dafür Umweltbelastung hinnehmen zu müssen. Wenn dann aber in Unternehmen 4 - 5 % des Gewinns durch die Strompreise aufgezehrt werden, bedeutet das im Wettbewerb einen erheblichen Nachteil. Außerdem wird mit zweierlei Maß bei der Trassengestaltung gemessen. Offene Trassengestaltung im Norden und im Erdreich verlegte im Süden. Aus dieser Situation erwächst Konfliktpotenzial und eine geringe Toleranz gegenüber Erneuerbaren Energien. In dieses Szenario platzt zusätzlich die Inflation. Durch die Abkehr von der Kernenergie und der Kohle erhöhten sich die Produktionskosten. Die nachfrageinduzierten Auswirkungen der Pandemie und die Energiewende agieren als zusätzliche Inflationstreiber und werden Bestand haben. Es entsteht eine Teuerung mit Preissteigerungen im Energiemarkt aber vornehmlich bei den privaten Lebenshaltungskosten. Diese Entwicklung trifft die Menschen im ländlichen Raum besonders hart. Hier entsteht Handlungsbedarf: Eine Möglichkeit ist, dass der Bund sofort und spürbar staatliche Abgaben senkt. Auch über die Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflation sollte nachgedacht werden.

Fazit:

Der ländliche Raum trägt überproportional die Kosten für die industrielle Energieversorgung.

Die höchsten Strompreise, die höchsten Energiepreise, eine schlechte Mobilfunkverbindung und fehlendes leistungsfähiges Breitband sind derzeit gelebte Realität und induzieren ein Gefühl, nicht beachtet zu werden.

Somit kann es für die Energiewende aktuell nicht die Akzeptanz und Unterstützung geben, die es im ländlichen Raum braucht.

2. Entwicklung der öffentlichen Haushalte

Die Entwicklung bei den Sozialkosten ist sehr dynamisch. Die öffentlichen Haushalte bestehen inzwischen zu mehr als der Hälfte aus Sozialausgaben - mit steigender Tendenz. Dies sind u.a. die Folgen von Gesetzgebungsinitiativen des Landes und des Bundes. Wir sind dergestalt berührt, dass unser Landkreis Mecklenburgische Seenplatte 2022 erstmalig mit knapp 600 Millionen EUR eine noch nie dagewesene Haushaltsgröße auf der Kostenseite erreicht. Davon liegen alleine die sozialen Ausgaben bei ca. 400 Mio € und somit bei 67% der gesamten Aufwendungen.

Die Steigerung der Aufwendungen wird u.a. durch die Gesetzesänderungen in den Bereichen der Jugend- und Sozialhilfe, wie die Veränderungen im KiföG und in der Eingliederungshilfe, bewirkt. Mitte des letzten Jahres wurde auch eine grundlegende Überarbeitung des SGB VIII zu dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz durch den Bundestag und den Bundesrat beschlossen. Auch dieses Gesetz droht zu einer hohen finanziellen und personellen Belastung der kommunalen Ebene zu führen. Die nicht durchfinanzierten Haushalte werden durch die Erhöhung der Kreisumlage gedeckelt, diese zusätzlichen gemeindlichen Aufwendungen werden wiederum über die Erhöhung von Grundabgaben auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt.

Der moderne Staat

Wesentliche Geschäftsprozesse sind bei der öffentlichen Hand noch nicht digitalisiert, das analoge Gesundheitsamt z.B. war zu Beginn der Corona-Pandemie mehr die Regel als die Ausnahme und die betroffenen Ärztinnen und Ärzte bedauern das in der Regel am meisten. Aber auch die kommunale Ebene erwartet, dass die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes endlich mit der nötigen Dringlichkeit und Kompetenz behandelt wird, damit wir unseren Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen in digitaler Form anbieten können. Ziel muss es sein, im Zusammenwirken mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Zweckverband eGo-MV in einem gemeinsam abgestimmten Verfahren den Reifegrad 4 für elektronisch über Verwaltungsportale bereitzustellende Verwaltungsleistungen anzustreben.

Die Bürokratisierung bei Genehmigungsverfahren nimmt zu, statt ab. Ob Baugenehmigungen, Investitionen, Finanzierung kommunaler Vorhaben der Daseinsvorsorge - der Verwaltungsaufwand nimmt seinen stetig wachsenden Lauf. Bereits Vergaben ab 250 € verlangen die Anfrage von drei Angeboten, die im ländlichen Raum oft nicht zu finden sind. Es kostet Zeit und Manpower, sich ständig ändernde Vergabeverfahren berücksichtigen zu müssen.

Deshalb begrüßt die kommunale Ebene die jüngst verkündeten Beschleunigungen von Planungsvorhaben, um Investitionen in überschaubaren Zeiträumen zu tätigen. Wir setzen voraus, dass man evaluiert hat, warum Planverfahren inzwischen zu solch bürokratischen Hürden erwachsen sind. Im Rahmen eines B-Plan-Verfahrens sind diverse Schritte zu gehen: Aufstellungsbeschlüsse, Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden, artenschutzfachliche Fachgutachten, sonstige Gutachten zum Nachweis einer konfliktfreien Planung, Abwägungs- und Satzungsbeschluss, Veröffentlichung. Oft sind Parallelverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Von Trägern öffentlicher Belange kommen teils vollkommen gegensätzliche Forderungen an die Planungsträger, die Vorhaben verteuern, verzögern oder sterben lassen.

Fazit:

Unter dem Strich sind sehr viele Veränderungen zu verzeichnen, die eine Umwälzung der bestehenden Systeme bewirken und damit eine hohe finanzielle Belastung und wesentlich komplexere Verwaltungsverfahren mit sich bringen. Es muss zu einer Rückbesinnung auf die Kernaufgaben des Staates kommen und diese Kernaufgaben müssen entbürokratisiert werden.

3. Ideologen sind eine Herausforderung unserer Zeit

Wie auf dem Land gelebt und produziert wird, ist dem Großteil der Konsumenten kaum noch bekannt, vielen politischen Entscheidern leider auch nicht. Land- und Forstwirte entwickeln sich so zum Prügelknaben der Nation. Auch die Schule vermittelt grundlegendes Wissen nicht. Die Tatsache, dass die Ernährungssicherheit die Grundlage jeder Form der gesellschaftlichen Entwicklung ist, wird ignoriert. Hungernde Menschen können nicht kreativ sein. Eine nachhaltige Urproduktion im eigenen Land ist die Grundlage für Transparenz in der Ernährungswirtschaft, denn die Land- und Forstwirte kennen die Natur, weil sie täglich damit

leben und sie auch weitestgehend schützen. Dieser Schutz verlangt aber eindeutige Regeln. Der Rahmen für die Produktion wird aber politisch festgelegt. Wir schämen uns, wenn fast eine Milliarde Menschen Hunger leidet und bei uns werden Flächen für eine subventionierte Energiepolitik verschleudert.

Unsere Bürgerinnen und Bürger waren bisher dergestalt mit dem Natur- und Umweltschutz konfrontiert, dass aus Umweltschutzgründen (LSG, NSG, Natura 2000 mit FFH- und Vogelschutzgebieten, Nationalpark, Naturpark, Biotopschutz, Geotopschutz) der Bau einer Halle, einer Garage oder eines Carports nicht nur im Außenbereich untersagt bzw. der Rückbau bspw. aus Vogelschutzgründen angeordnet wurde. Wenn für unsere Einheimischen und unsere Touristen an einer öffentlichen Badestelle Schilf entnommen, ein Parkplatz oder ein Fahrradweg an einem LSG oder NSG gebaut werden soll, kämpfen sie an allen Fronten. Denn durch eine hemmende Umweltgesetzgebung, enorme Ausgleichsleistungen, Ausweisungen von Trinkwasserschutzzonen (selbstverständlich ohne Beteiligung der betroffenen Kommunen), einen übertriebenen Hang zum Artenschutz und die „Wunderwaffe“ Verbandsklagerecht der Umweltverbände sind ihnen die Hände gebunden. So schafft man keine Akzeptanz für Natur- und Umweltschutz im ländlichen Raum. Nun soll bei massiven Eingriffen in den Naturraum (z.B. beim Aufbau von Windkraftanlagen) dem Artenschutz nur noch eine untergeordnete Rolle zugestanden werden. Es sollte bei jeglichen Investitionen, die im Kleinen wie im Großen der Verbesserung unserer Lebensgrundlage dienen (z.B. Energiebedarf, touristische Infrastruktur, gesunde und gleichberechtigte Wohnverhältnisse) nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Ein Verfahren zur Sicherung von Planungszielen sollte im demokratischen und rechtskonformen Sinne nicht von einer übergeordneten Zielstellung abhängig gemacht werden. Sollten Verfahrenserleichterungen zur Umsetzung regenerativer Energieprojekte der neue Weg sein, dann werden die Bürger und Bürgerinnen den Glauben an die repräsentative Demokratie und ihre Gesetze verlieren, an die sich sonst alle zu halten haben.

Das ist fatal für die Basisarbeit mit den Bürgern und Bürgerinnen hier vor Ort.

Wir stellen fest, dass die wichtige und für uns selbstverständliche Gleichstellung (m/w/d) in einen identitätsgetriebenen Genderk(r)ampf übergeht. Fachministerien, öffentliche Verwaltungen, steuermittelfinanzierte Bildungseinrichtungen und Universitäten versuchen, die Gendersprache zu übernehmen. Der Deutsche Beirat für Rechtschreibung empfiehlt die Gendersprache nicht und diese wird auch nicht in der Schule gelehrt.

Bei der Diskussion im Deutschen Rechtschreibrat spielte nicht zuletzt eine Rolle, dass sich die Verwendung des Gendersternchens stark auf die Grammatik auswirkt, nämlich etwa auf die Pronomen. Für die Grammatik hat der Rat aber keine normgebende Kompetenz, das muss die Politik entscheiden. Nun ja

Eine ideologisch getragene Argumentation stellen wir auch im Rahmen von Problemen mit Prädatoren und Wölfen fest. Raubtiere werden romantisiert und verniedlicht. Selbst hochauffällige Wölfe, die sich in Siedlungsstrukturen aufhalten, werden mit Verweis auf die EU-Gesetzgebung toleriert. Inzwischen haben Wölfe ihre Scheu vor dem Menschen verloren, es kommt immer wieder zu Nahbegegnungen. Eine Abschussgenehmigung ist ein Behördenmarathon. Die stark angewachsene Wolfspopulation scheint in den Städten Schwerin und Berlin noch niemanden zu stören. Bewusst wird der „gute Erhaltungszustand“ nicht festgestellt, bevor Großteile der Bundesrepublik Deutschland noch komplett wolfsfrei sind. Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Niedersachsen haben das Nachsehen. Mitarbeiter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie Naturschützer, die unisono behaupten, dass es normal ist, wenn Wölfe in Siedlungsstrukturen und befriedete Gebiete eindringen, sind ein inneres Sicherheitsrisiko. Aber es ist ja immer noch ein Unterschied, ob NGOs solche Äußerungen tätigen oder Vertreter des Rechtsstaates. Wer trägt gegebenenfalls die Verantwortung?

Fazit:

Wir verspüren ideologisch geprägte Denkansätze in der Landwirtschaft, beim Natur- und Klimaschutz, beim Artenschutz im Umgang mit Prädatoren (Waschbären, Wölfe), bei der Energiewende. Es muss die Frage gestellt werden, ob es überhaupt noch politische Entscheidungsträger gibt, die wissen, wie es in der Praxis zugeht und wie normale Menschen auf dem Land leben, denken und fühlen. Wir sind inzwischen der Auffassung, dass zunehmend Ideologen Einfluss auf die Politik gewinnen. Wir wollen keine Ideologen, sondern Faktologen!

4. Unsere Kinder und Jugendlichen

Seit Jahrhunderten sind junge Menschen Gegenstand und Akteure im Diskurs – nicht zuletzt, wenn es um das Vorantreiben von Veränderung und Wandel geht. Oft sind es Jugendliche, die einen solchen Prozess in Gang setzen und am Leben halten. Ihre Energie, ihr Tatendrang, ihr ausgesprochener Sinn für Gerechtigkeit, ihre Hoffnung, die sie in das Gute setzen – all dies sind Eigenschaften, die sie, wenn auch nicht immer sichtbar, kennzeichnen. Das sollte für uns Anlass genug sein, sich die Rolle von Kindern und Jugendlichen, ihre Prägung, ihre Beteiligung an gesellschaftsbildenden Prozessen und an ihrem Umfeld näher anzuschauen.

Unser Schulsystem im ländlichen Raum trägt derzeit nicht dazu bei, dass es Jugendlichen Zeit lässt, neben der Schule ihr Umfeld aktiv mitzugestalten. Denn sie sind betroffen von eingeschränkter Mobilität, geringen ortsnahen Freizeitmöglichkeiten und mangelnden Ausbildungs- Arbeitsperspektiven. Die Schulkinder des ländlichen Raums verbringen einen Großteil ihrer Zeit auf der Landstraße, um zur Schule gebracht oder abgeholt zu werden. Die Ganztagschulen versuchen, auf dem Land musische, kulturelle und sportliche Angebote zu schaffen. Was die Freizeitgestaltung angeht, so nimmt Sport im Leben der Jugendlichen eine Schlüsselrolle ein. Motivationsfaktoren, um Sport zu treiben, sind, etwas für die eigene Gesundheit zu tun, sich Auszupowern oder einfach Spaß zu haben. Die Rolle der Sportvereine ist zu stärken, die Angebote müssen niedrigschwellig sein. Die Jugendlichen haben zwar zusätzlich Interesse am Bereich Klima und Umwelt, fühlen sich aber ohnmächtig und sagen, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik oder wissen nicht, wie sie sich Einfluss im Rahmen eines demokratischen Prozesses verschaffen können. Hier müssen wir den Hebel ansetzen.

Eine weitere Herausforderung für unsere Kinder und Jugendlichen ist, dass diese die Leidtragenden der fehlgeschlagenen Personalentwicklungskonzepte der öffentlichen Hand sind. In allen Bereichen fehlt es an Personal und um die Schulsozialarbeit wird permanent gestritten. Es muss ein ausgewogenes Verhältnis von erfahrenen Lehrkräften und jungem digital affinem Personal angestrebt werden, einschließlich eines eindeutigen Status und geregelter Bezahlung für die Schulsozialarbeiter. In die moderne Bildung einfließen muss endlich ein Unterricht, der die Schüler anleitet und befähigt, die gegenwärtige Situation selbst zu beurteilen und eine gesunde Distanz zu den („sozialen“) Medien zu wahren. Die digitale Welt erfordert Medienbildung. Auch die Rolle des Gemeinwesens (Ordnungsämter, Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte, Bundeswehr) sollte viel stärker Teil der Erziehungsarbeit werden.

Fazit:

Die Jugend braucht sinnvolle Perspektiven mit einer klareren Ansprache auf ihre Mit- und Eigenverantwortung und darf keine Zukunftsangst haben müssen. Wir nehmen wahr, dass momentan Angst die Kreativität erstickt, die wir alle zur Lösung der zukünftigen generationsübergreifenden Herausforderungen benötigen.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Ernst-Jürgen Lode

Bürgermeister

Verteiler:

Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz

Frau Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Herrn Landrat Heiko Kärger

Herrn Johannes Arlt SPD-Fraktion im Bundestag

Frau Dagmar Kaselitz SPD-Fraktion Landtag M-V

Wir warten auf eine Antwort.